

Einleitung

Laura Martena / Ingrid Stapf / Jessica Heesen

Der Ausdruck „Kommunikation“ stammt von „communio“ ab, was „mitteilen“, aber auch „teilen“, „gemeinsam machen“ oder gar „vereinigen“ heißen kann. Kommunikation, im Wesentlichen sprachlich verfasste, ermöglicht einerseits den Ausdruck des Eigenen, andererseits Differenz und Pluralität, und vermag idealiter gerade darin Gemeinsamkeit zu schaffen. Damit wird sie zum wesentlichen Medium moralischer Aushandlungsprozesse und demokratischer Verständigung.

Im demokratischen Diskurs selbst wurde Sprache lange als vermeintlich neutrales Werkzeug behandelt, das Inhalte transportiert, ohne selbst Thema zu werden. In den vergangenen Jahren hat sich dies jedoch gewandelt. Der Sprachgebrauch ist heute selbst zu einem zentralen Gegenstand moralischer und politischer Konflikte geworden. Immer neue Debatten um Formulierungen, die früher als unproblematisch galten, jetzt aber als diskriminierend wahrgenommen werden und deshalb aus dem Wortschatz gestrichen werden sollen, oder auch die Forderungen nach geschlechtergerechter Sprache verweisen darauf. Gleichzeitig versuchen insbesondere rechtsextreme Akteure, oft unter Berufung auf die Redefreiheit, gezielt in den privaten und öffentlichen Sprachgebrauch zu intervenieren. Im Rahmen ihrer „metapolitischen“ Strategien, die sie ursprünglich linken Kontexten entnommen haben, arbeiten sie darauf hin, diskreditierte Begriffe zu rehabilitieren oder neue zu etablieren, um Wahrnehmungsbereitschaften und Bewertungsmaßstäbe im Sinne ihrer eigenen politischen Agenda zu verschieben (vgl. Ruppert-Karakas 2024). Diese gegenläufigen Dynamiken – die Sensibilisierung für diskriminierende und verletzende Sprache einerseits, ihre gezielte ideologische Instrumentalisierung andererseits – lenken den Blick auf neue Weise auf die wirklichkeitskonstituierende Macht der Sprache. Sprache wird in dieser Sicht zum politischen Kampfplatz.

Diese Entwicklungen vollziehen sich in einem medialen Umfeld, das sich im Zuge der Digitalisierung tiefgreifend verändert hat. Soziale Medien, die anfänglich mit hohen Erwartungen an eine Demokratisierung des Diskurses verbunden waren, weil jeder nun zugleich Sender:in und Empfänger:in sein können sollte, sind Arenen der Polarisierung geworden.

Hassrede, Beleidigungen und Diffamierungen prägen die kommunikative Praxis vieler Plattformen. Obwohl Dienste wie Instagram, TikTok oder X durch ihr Content-Management maßgeblich mitbestimmen, welche Inhalte sichtbar werden, verstehen sie sich selbst meist als neutrale Vermittler und weisen Verantwortung von sich. Die bislang ohnehin nicht sehr effektiven Mechanismen der Moderation und Regulierung sind angesichts der schieren Menge an Inhalten prekär geblieben und politisch umstritten: Was die einen als Voraussetzung für faire Diskurse begreifen, sehen andere gerade als Eingriff in die Meinungsfreiheit, der den demokratischen Diskurs untergrabe. In den USA werden Moderationen öffentlichen Sprachgebrauchs unter Donald Trump derzeit zunehmend wieder abgeschafft (vgl. Debatin in diesem Band), während die Europäische Union mit dem *Digital Services Act* die Funktionen einer demokratischen Öffentlichkeit stützen will.

In dieses Spannungsfeld ist mit Generativer Künstlicher Intelligenz eine neue, potenziell disruptive Kraft getreten. Einerseits versprechen Große Sprachmodelle enorme Potenziale für journalistische Arbeit und politische Kommunikation. Im professionellen Medienbereich werden sie bereits jetzt verwendet, um z. B. Wetter-, Börsen- oder Sportmeldungen zu verfassen. Auch in Film, Kunst und Musik ist Generative Künstliche Intelligenz in Produktionen integriert und Teil öffentlich zugänglicher Inhalte, ebenso in Form virtueller Influencer in den Sozialen Medien. Neben den Potenzialen werden seit einigen Jahren auch die Gefahren und Möglichkeiten des Missbrauchs von Künstlicher Intelligenz diskutiert. So neigen Modelle, die synthetische Inhalte generieren, zu sogenannten Halluzinationen, das heißt dazu, überzeugend formulierte Ergebnisse auszugeben, die objektiv gesehen aber falsch sind. Auch wenn dies ohne Absicht geschieht, können diese Misinformationen (vgl. Aïmeur/Amri/Brassard 2023) die Vertrauenswürdigkeit öffentlicher Kommunikation gefährden. Generative Künstliche Intelligenz wird zudem gezielt für Desinformation missbraucht. Diese lässt sich unter Verwendung entsprechender Tools schneller in großer Zahl erzeugen und leichter personalisiert verbreiten. Vor allem im Umfeld von Wahlen und insgesamt im Zusammenhang der öffentlichen und individuellen Meinungsbildung entfalten Deepfakes als Desinformation von besonders hoher Suggestions- und Täuschungskraft zunehmend an Wirkung (vgl. Muñoz 2024). Insbesondere dann, wenn künstlich generierte Mis- oder Desinformationen wiederum durch KI-Anwendungen verwendet werden, kann ein gefährlicher Kreislauf entstehen, der nur noch schwer durch menschliche Aufsicht kontrolliert und korrigiert werden kann.

Angesichts dieser Phänomene lässt sich von einer multiplen Krise demokratischer Debattenkultur sprechen. Sie betrifft die symbolischen Grundlagen politischer Verständigung, die institutionellen Bedingungen öffentlicher Kommunikation und die technischen Infrastrukturen gleichermaßen. Die beschriebene Krise ist zugleich die Stunde der Kommunikations- und Medienethik. Ethik ist immer auch „Krisenreflexion“ (Riedel 1979). In diesem Sinn übt die Kommunikations- und Medienethik Kritik an bestehenden Kommunikationsordnungen und ihren Infrastrukturen, indem sie deren Legitimität, Angemessenheit und demokratische Tragfähigkeit befragt. Zugleich gibt Ethik Orientierung für die Praxis (Debatin 1997). Die Kommunikations- und Medienethik macht konkret normative Orientierungsangebote für diejenigen, die in Medien und Öffentlichkeit handeln – etwa in Gestalt von Kodizes, Qualitätsstandards oder berufsethischen Leitlinien. So kann Sie Maßstäbe geben, an denen sich die Gesellschaft und gesellschaftliche Verständigung in ihrer Diversität ausrichten kann. In der gegenwärtigen Konstellation kann die Kommunikations- und Medienethik einen Beitrag zur Sicherung und Erneuerung demokratischer Öffentlichkeit(en) leisten – und wird damit selbst zu einer wichtigen Stimme in der Auseinandersetzung um die Bedingungen verantwortlicher Kommunikation.

Der vorliegende Band versteht sich als ein solcher Beitrag. Er widmet sich dem Verhältnis von Medien und Sprache aus ethischer Perspektive und versammelt theoretische, normative und empirische Studien. Gemeinsam verfolgen sie das Ziel, sprachbezogene Konflikte, digitale Kommunikationspraktiken und KI-gestützte Informationsprozesse in ihren ethischen Implikationen sichtbar zu machen und Orientierungen für eine demokratische Kommunikationskultur zu entwickeln. Zusammen geben die Beiträge eine medienethische Bestandsaufnahme einer Gegenwart, in der Sprache nicht nur Mittel, sondern Gegenstand öffentlicher Konflikte ist, digitale Infrastrukturen die Kommunikation prägen und neue Technologien die Schaffung geteilter Welten herausfordern.

Teil 1: Die Beiträge sind drei Themenschwerpunkten zugeordnet. Die Autor:innen des ersten Teiles über *umstrittene Sprache* widmen sich Sprache als Medium und Gegenstand ethischer Auseinandersetzungen anhand konkreter Konfliktfelder. Ein erster Schwerpunkt liegt auf Hassrede. Während dieser Begriff im öffentlichen Diskurs in den vergangenen Jahren allgegenwärtig geworden ist, empirische Studien ihre Verbreitung aus Sicht Betroffener nahelegen und Gegenmaßnahmen gefordert werden, wird seltener gefragt, was „Hassrede“ genauer ist. Das führt zu einer uneinheitli-

chen Verwendung, die auch die Einordnung entsprechender Studienergebnisse und die Evaluation von Maßnahmen erschwert. Dieser Frage widmet sich Inga Bones anhand einer kritischen Diskussion bestehender Begriffsbestimmungen. Sie kommt zu dem Schluss, dass Hassrede am besten als Form der Kommunikation zu verstehen ist, die eine Person oder Gruppe auf Basis stabiler und identitätsrelevanter Eigenschaften wie Religion, Ethnie, Geschlecht oder Herkunft auf tiefgreifende Weise angreift, abwertet oder diskriminiert.

Bernhard Debatin zeigt auf, welcher Strategien sich rechtsextreme Akteure in den USA bedienen, um Hassrede zu verbreiten. Besonders beliebt sei das sogenannte *Dog Whistling*. Durch kodierte und suggestive Aussagen werde dabei Hass auf Angehörige bestimmter Gruppen bei der eigenen Klientel weiter geschürt. Außenstehenden erschließe sich deren rassistischer und gewaltverherrlichender Gehalt dagegen nicht unmittelbar, sodass dieser sich im Zweifel leicht verleugnen und der Rassismuskritik gegen diejenigen kehren lasse, die ihn erheben. Dabei bedienen sich die entsprechenden Akteur:innen auch Generativer KI, um ihre Hassbotschaften weiter zu verbreiten.

Jörg-Uwe Nieland untersucht das Verhältnis von Sprache, Emotion und Konflikt in der organisierten Sportfankultur. Durch die Digitalisierung verlagern sich auch hier Auseinandersetzungen rivalisierender Fangruppen in digitale Arenen. Anhand einer Pilotstudie zum österreichischen Eishockey zeichnet der Autor nach, wie Fankommunikation hier stattfindet. Dabei lasse sich unter den Fans eine grundlegend agonistische Online-Kommunikation beobachten, die von Rivalität, Abwertung des Gegners und Aufwertung des eigenen Vereins und seiner Anhänger:innen gekennzeichnet sei. Bei alledem bleibe die Streitkultur aber zivilisiert. Dehumanisierende Feindbilder und Hassrede träten auf den Instagram-Kanälen der Vereine nicht offen zutage. Ob sich die entsprechende Kommunikation in andere Kanäle verlagert hat, bleibt offen.

Miriam Goetz und Vanessa Wimmers beleuchten spezifisch sexistische Hate Speech im Sinne geschlechtsspezifischer Diskriminierung, die vor allem Frauen – hier exemplarisch bei Instagram – betrifft. Userinnen berichteten in hohem Maße von Beleidigungen, sexualisierter Belästigung sowie Vergewaltigungs- und Morddrohungen in Kommentaren und Direktnachrichten. Instagram-spezifische Funktionen wie Direktnachrichten und die niedrige Zugangsschwelle zur Kontaktaufnahme begünstigten gezielte Angriffe. Dabei wirkten algorithmische Verstärkungsmechanismen und gruppendynamische Effekte normalisierend auf sexistische Inhalte. Mel-

de- und Moderationssysteme würden von den Nutzerinnen als ineffektiv wahrgenommen. Entsprechend würden härtere Sanktionen, bessere Filter, menschliche Moderation, geringere Anonymität und rechtliche Durchsetzung gefordert.

Wie gehen Medien mit der Politisierung der Sprache um? Dieser Frage widmet sich Beatrice Dernbach am Beispiel des Genders. Sie rekonstruiert, wie unterschiedliche deutschsprachige Redaktionen sich im Streit um gendersensible Sprache positionieren – von konsequenter Nutzung des Genders mit Sonderzeichen über pragmatische, eher zurückhaltende Lösungen bis zu klarer Ablehnung von Sonderzeichen und Betonung des generischen Maskulinums. Die Verfasserin zeigt, welche normativen Vorstellungen der Sprache und der eigenen gesellschaftlichen Rolle dahinterstehen, um schließlich für eine Versachlichung der Debatte zu plädieren. Dabei diskutiert sie auch, inwiefern der wachsende Einsatz Generativer Künstlicher Intelligenz in den Redaktionen zu einer solchen Versachlichung beitragen oder aber die Polarisierung weiter verstärken könne.

Teil 2: Auf die Analyse aktueller Sprachkonflikte folgt ein Blick auf *automatisierte Sprache*, und damit die technologischen Veränderungen, die die Produktion von Sprache selbst transformieren. Der zweite Teil des Bandes befasst sich mit ethischen Fragen, die speziell mit dem Aufstieg Generativer Künstlicher Intelligenz, insbesondere Großen Sprachmodellen verbunden sind. Er beleuchtet diese Problemstellungen auf der Ebene des öffentlichen Diskurses über KI, auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene, hinsichtlich ihres Einsatzes in Redaktionen und auf der Mikroebene der Trainingsdaten. Und er fragt, wie KI-Anwendungen ihrerseits helfen können, einige dieser Probleme zu lösen.

Zunächst werfen Brigitte Huber und Julia Levasier Schlaglichter auf aktuelle Online-Diskussionen über KI im deutschsprachigen Raum seit der Veröffentlichung von ChatGPT. Anhand einer Untersuchung der Diskurse auf der Nachrichtenwebsite und dem Instagram-Account von *Die Zeit* zeigen sie, dass diese von ethischen Bedenken und Szenarien des Kontrollverlusts geprägt sind. Dazu zählt etwa die der Science Fiction entstammende Vorstellung, KI könne ein Bewusstsein entwickeln, aber auch die handfeste Sorge vor Diskriminierung und mangelndem Datenschutz. Aus wissenssoziologischer Sicht zeichnen sie nach, dass die Nutzer:innen dabei vor allem auf Erfahrungswissen und populärkulturelle Referenzen zurückgriffen, während wissenschaftliches Wissen selten rezipiert werde. Zugleich neigten die Nutzer:innen dazu, die Wissensansprüche anderer in Zweifel zu ziehen.

Michael Litschka stellt die Ergebnisse einer Studie zum aktuellen Einsatz von KI-Anwendungen, insbesondere Sprachmodellen, in österreichischen und internationalen Medienunternehmen aus Sicht der Akteur:innen dar. Da diese Erhebung neben ökonomischen Gesichtspunkten auch ethische Bedenken und ein Bedürfnis nach Regulierung offenbart, geht er im zweiten Schritt der Frage nach Möglichkeiten und Grenzen solcher Regulierungsversuche und ihrer ethischen Fundierung nach. Anhand der Gerechtigkeitstheorien von John Rawls und Amartya Sen liefert er den Befürworter:innen von Regulierung eine medienethische Begründung und erweitert die bestehenden KI-ethischen Diskurse um eine seltener eingenommene Perspektive.

Matthias Rath beleuchtet eine systematische Gefahr Generativer KI, die im öffentlichen Diskurs weniger präsent ist: eine „artifizielle Sepsis“. Mit dieser Metapher beschreibt er, wie der unregulierte Einsatz solcher Tools zu einer epistemischen „Selbstvergiftung“ führen könne. Diese drohe dann, wenn Generative KI-Modelle beginnen, wiederum maschinell erzeugte Inhalte, die schon heute einen Großteil der online verfügbaren Inhalte ausmachen, in ihre Such- und Trainingsprozesse einzuspeisen. Dadurch würde sich die Informationsökologie schrittweise von ihrer Begründung in realweltlicher Erfahrung entkoppeln. Als Gegenmodell schlägt der Autor eine „salutogenetische Bot-Nutzung“ vor, die epistemische Resilienz stärken soll.

Die Gefahr „artifizieller Sepsis“ verweist auf die zentrale Bedeutung der Qualität von Trainingsdaten, der sich die nächsten beiden Beiträge widmen. Wenn Jana Hecktor Qualitätskriterien von Trainingsdaten für KI-Anwendungen im Allgemeinen vorstellt und diese speziell auf LLMs anwendet, bezieht sie nicht nur die Auswahl bestehender Datensätze ein, sondern auch den Prozess der Datengewinnung – einschließlich der Rechte derjenigen Menschen, die bewusst oder unbewusst daran mitarbeiten. Konkret rückt sie Ausgewogenheit, Datenschutz, Diversität, Fairness, Korrektheit, Privatsphäre und Repräsentativität in den Fokus und buchstabiert aus, was damit im Kontext von LLMs verbunden wäre. Dabei könnten die Kriterien im Einzelfall durchaus in Widerspruch geraten und sollten fallbezogen gegeneinander abgewogen werden. Die Anwendung solcher Kriterien könnte helfen, offensichtlicher Diskriminierung durch Generative KI-Tools vorzubeugen.

Gibt es aber nicht auch subtilere, verdecktere und daher schwerer detektierbare Formen geschlechtsbezogener, rassistischer oder ableistischer Diskriminierung und Stereotypisierung? Wenn ja, wie ließen diese sich im

Maschinellen Lernen aufdecken und vermeiden? Anregungen findet Theresa Krampe in zeitgenössischen Kunstprojekten, die sich Generativer KI auf kreative und subversive Weise bedienen. Solche Projekte, die mit diversifizierten und sorgfältig kuratierten Datensätzen arbeiten, könnten nicht nur hegemoniale Vorstellungen irritieren, die unserem aktuellen Umgang mit KI oft zugrunde liegen, und *biases* zu minimieren helfen. Sie könnten auch dazu inspirieren, alternative und fairere KI-Zukünfte zu imaginieren.

Können automatisierte Systeme auch helfen, die Probleme zu lösen, die sie selbst mit erzeugen oder verstärken? Dieser Frage widmen sich Mario Anastasiadis und Hektor Haarkötter am Beispiel von Desinformation. Deren enorme Verbreitung im Netz droht die öffentliche Meinungsbildung zu verzerren, Diskursräume zu destabilisieren und kann das Vertrauen in demokratische Institutionen beschädigen. Um dagegen anzugehen, wurde die App NEBULA entwickelt, die Desinformation automatisch detektieren soll. Die Autoren stellen Ergebnisse der medienethischen Begleitforschung zur Entwicklung dieser App vor. NEBULA soll nicht nur Hinweise auf Desinformation ausgeben, sondern die Fähigkeit stärken, diese eigenständig zu erkennen.

Teil 3: Die Beiträge des dritten Teils über *öffentliche Sprache* weiten den Blick, indem sie die Frage nach den normativen Grundlagen demokratischer Streitkultur in Zeiten der Digitalisierung und des Aufstiegs Generativer Künstlicher Intelligenz neu stellen.

Petra Grimm, Susanne Kuhnert und Marcel Schlegel berichten von zwei Forschungs- und Lehrprojekten, die sich um die Auswirkungen Generativer KI auf das Mediensystem drehen. Im Fokus stehen Anwendungen zur artifiziellen Nachbildung menschlicher Stimmen. Ein erstes Projekt richtete sich an Medienstudierende, die anhand neuer didaktischer Szenarien, insbesondere realitätsnaher Fallstudien, ethische Aspekte des Umgangs damit abzuwägen lernen sollten. Ein zweites Projekt nahm erfahrene Medienpraktiker:innen in den Blick. Anhand qualitativer Interviews wurden zunächst Leitlinien zur KI-Nutzung erarbeitet, die Medienschaffenden helfen sollten, die ethische Legitimität eines spezifischen KI-Einsatzes zu überprüfen.

Christian Schicha stellt die Bedeutung der verfassungsrechtlich garantierten Meinungs- und Kommunikationsfreiheit in den Mittelpunkt. Ausgehend von Jürgen Habermas skizziert er ein Konzept deliberativer Öffentlichkeit, zu der alle Bürger:innen gleichberechtigt Zugang haben und in der Argumente statt Machtmittel zählen. Der digitale Strukturwandel drohe dieses Ideal zu untergraben, indem er die Entstehung fragmentierter, vermachteter und algorithmisch gesteuerter Teil- und Gegenöffentlichkeiten fördere. Dagegen

setzt der Autor das Ideal einer an Solidarität, Empathie, Respekt und wechselseitiger Anerkennung orientierten Streitkultur, die allein demokratische Selbstbestimmung und Gemeinwohlorientierung sichere.

Stefanie Averbek-Lietz begründet den Pluralismus als Wert aus kommunikationsethischer Perspektive und verankert ihn in einem Universalismus der Würde. Mit Seyla Benhabib skizziert sie einen „interaktiven Universalismus“, in dem moralischer Universalismus und die Anerkennung der Andersheit der Anderen sich nicht länger ausschließen, sondern wechselseitig bedingen und hervorbringen. Auch sie knüpft an Jürgen Habermas an, wenn sie diesem Gedanken eine kommunikationstheoretische Wendung gibt. Schließlich unterscheidet sie mit Ernst Manheim verschiedene Konzeptionen der Öffentlichkeit, die dieses Ideal ermöglichen oder untergraben. Der Beitrag skizziert die Aufgabe einer kommunikationsethischen Bildung, die Anerkennung von Verschiedenheit, Sensibilität für verletzte Geltungsansprüche und Widerstandskraft stärkt – auch mit Blick auf KI-gestützte Kommunikationsumgebungen.

Wie können konstruktive Debattenräume im Digitalen geschaffen werden, wenn kommerzielle Plattformen einzig an Gewinnmaximierung durch höhere Verweildauer der Nutzer:innen interessiert sind und dazu polarisierende Inhalte bevorzugen? Was haben die öffentlich-rechtlichen Medien dem entgegenzusetzen? Henning Eichler stellt mit dem *Public Spaces Incubator* (PSI) ein internationales Forschungs- und Entwicklungsprojekt vor, das die Sender wenn nicht ganz aus der Abhängigkeit von kommerziellen Plattformen lösen, so doch neue Räume für wertorientierte, konstruktive und respektvolle Online-Debatten eröffnen könne. Damit wollen sie ihrem Funktionsauftrag auch angesichts veränderter Erwartungen des Publikums an den Dialog mit Journalist:innen wieder gerecht werden. Eichler stellt die Ergebnisse einer qualitativen Studie zu ethischen Herausforderungen dar, die sich aus Sicht von Journalist:innen und anderen Beteiligten aus der bisherigen Arbeit in PSI-Debattenräumen ergeben, und ordnet die Befunde medienethisch ein.

Janis Brinkmann geht allgemeiner der Frage nach, wie sich journalistische Qualität unter Bedingungen eines „entgrenzten“ und ausdifferenzierten Journalismus neu bestimmen lässt. Ausgangspunkt ist die Diagnose, dass klassische, am Informations- und Nachrichtenjournalismus orientierte Qualitätsbegriffe gegenüber alternativen Berichterstattungsmustern wie etwa dem investigativen, narrativen oder konstruktiven Journalismus an Grenzen stoßen. Auf öffentlichkeitstheoretischer Grundlage plädiert er für ein flexibles Set von Qualitätskriterien mit einem festen Kern (Aktualität, Relevanz,

Faktizität, Unabhängigkeit), das je nach Journalismus-Typ um spezifische Kriterien ergänzt wird. So soll Qualitätsbewertung gegenstandsadäquater, transparenter und inklusiver werden, ohne in Beliebigkeit abzugleiten.

Danksagung

Hervorgegangen ist dieser Band aus der 10. Jahrestagung der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft (DGPK) in langjähriger Kooperation mit dem Netzwerk Medienethik, dem Zentrum für Medien und die digitale Gesellschaft und der Akademie für Politische Bildung, die im Februar 2025 erstmals an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing stattfand. Wir danken den Sprecher:innen der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik, Lars Rademacher und Claudia Paganini, dem Vorbereitungsteam der Tagung sowie allen Beteiligten an der Tagung. Insbesondere danken wir den Autor:innen des Bandes für ihre Beiträge. Besonderer Dank gebührt auch Kristína Janačková, Patrick Lessmeister, Khurshida Tarik und Philipp Staber bei der Unterstützung der redaktionellen Publikationsarbeit. Dem Nomos-Verlag danken wir für die Aufnahme des Bandes in die Reihe.

Literatur

- Aïmeur, Esma / Amri, Sabine / Brassard, Gilles* (2023): Fake news, disinformation and misinformation in social media: a review, in: *Social Network Analysis and Mining*, 1–36, <https://doi.org/10.1007/s13278-023-01028-5>
- Debatin, Bernhard* (1997): Ethische Grenze oder Grenze der Ethik? Überlegungen zur Steuerungs- und Reflexionsfunktion der Medienethik, in: Günter Bentele / Michael Haller (Hg.): *Aktuelle Entstehung von Öffentlichkeit. Akteure – Strukturen – Veränderungen*. Konstanz, S. 281–290.
- Muñoz, Katja* (2024): Gegen den Strich: Künstliche Intelligenz und Wahlen, in: *Internationale Politik*, Ausg. 4, S. 36–41.
- Riedel, Manfred* (1979): *Norm und Werturteil*, Stuttgart.
- Ruppert-Karakas, Sascha* (2024): Die Politik des Zorns. Wie die Vordenker der Neuen Rechten den Umsturz vorbereiten, in: *Blätter* 5/2024, S. 89–98, (online unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/mai/die-politik-des-zorns> – letzter Zugriff 28.01.2026).

